

Dr.-Ing. Jürgen Holdstock
68165 Mannheim
Spinrodestraße 23

Berlin, den 9. November 2014

Frau

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
im 25. Jahr des Mauerfalls wird der Blick auf die gelenkt, die
den Verlauf des Herbstes 1989 geprägt haben.

Mit Dankbarkeit und Freude darf ich als Vorsitzender der „Inter-
essengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) auf
Einladung des Landes Berlin an diesem Festakt teilnehmen.

Der Herr Bundespräsident Gauck hat in seiner Rede vom 9. Oktober
2014 eingeräumt, daß die Bürgerrechte der ehemaligen DDR,
auch er selbst, die besondere politische Bedeutung der DDR-
Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller erst viel später erkannt
haben.

Unter den Bürgern der ehemaligen DDR hat eine große Mehrheit
das Handeln der Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller negativ
beurteilt. Erstaunlicherweise hat sich die Politik im wieder-
vereinigten Deutschland dieser Sichtweise angeklammert: Die
Privilegien der Träger des SED-Staates wurden unter dem
Schutz des Grundgesetzes gestellt, und gleichzeitig wurden die
Rechte der in der alten Bundesrepublik integrierten ehe-
maligen DDR-Flüchtlinge geopfert.

Die Tragweite dieses Missverhältnisses werden Sie, sehr
geehrte Frau Bundeskanzlerin, sicherlich nachvollziehen
können.

Die privilegierende Einbettung der Träger des SED-Staates
in die gesellschaftliche Ordnung des wiedervereinigten
Deutschland hat paradoxerweise nicht verhindert, daß
noch im 25. Jahr nach dem Untergang der DDR ernst-
haft darüber debattiert wird, ob es sich bei der DDR um
einen Unrechtsstaat gehandelt hat.

Vor diesem Hintergrund ist die bis heute andauernde politische Diskriminierung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge und Ausreisearchivsteller nicht länger hinnehmbar.

Als Vertreter der ehemaligen DDR-Flüchtlinge bitte ich Sie darum, mir die Gelegenheit zu geben, Sie über die Folgen der o.g. politischen Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge und Ausreisearchivsteller zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen,

J. Müller